



Aus der Fraktion

Katharina Gebauer (CDU) und Meral Thoms (Grüne) **„Der Gender Health Gap kostet Menschenleben“**

Trotz medizinischen Fortschritts werden Frauen in der Gesundheitsversorgung oft benachteiligt, weil geschlechtsspezifische Unterschiede zu wenig beachtet werden – deshalb soll das Gesundheitswesen gendergerechter werden. Ein entsprechender Antrag der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen wurde am Donnerstag im Landtag beschlossen. Dazu erklären **Katharina Gebauer**, Mitglied für die CDU-Landtagsfraktion im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Sozialen, und **Meral Thoms**, Sprecherin für Gesundheitspolitik der Grünen-Landtagsfraktion:

Katharina Gebauer: „Herzinfarkte gelten als typische Männerkrankheit. Doch Frauen sind nicht weniger betroffen – sie zeigen aber oft andere Symptome: Übelkeit, Rückenschmerzen oder Atemnot statt der bekannten Brustschmerzen. In der Folge werden Herzinfarkte bei Frauen oft später diagnostiziert und dann weniger effektiv behandelt. Die medizinische Forschung und Praxis orientieren sich noch immer überwiegend am männlichen Körper. Wir müssen den sogenannten Gender Health Gap als das erkennen, was er ist: eine strukturelle Benachteiligung, die Menschenleben kostet. Geschlechterspezifische Medizin darf kein Nischenthema mehr sein, sondern muss ein selbstverständlicher Bestandteil einer modernen und gerechten Gesundheitsversorgung sein. Ein wichtiger Hebel ist die medizinische Ausbildung. Geschlechtersensible Medizin muss in Lehrpläne integriert werden, damit zukünftige Ärztinnen und Ärzte früh für diese Problematik sensibilisiert sind. Und wir brauchen verpflichtende Fortbildungen für alle, die im Gesundheitswesen tätig sind. Nur so kann sichergestellt werden, dass geschlechtsspezifische Symptome erkannt und richtig behandelt werden.“

Meral Thoms: „Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind die häufigste Todesursache in Deutschland – bei Männern wie bei Frauen. Trotzdem werden diese Erkrankungen bei Frauen immer noch zu oft zu spät erkannt, falsch diagnostiziert oder nicht ausreichend behandelt. Der Grund: Frauen haben andere Symptome als Männer, doch der männliche Körper gilt in der Medizin immer noch als Norm und das hat Folgen für Frauen – spätere Diagnosen, schlechtere Versorgung. Gerade in und nach den Wechseljahren steigt das Risiko für Frauen deutlich – und bleibt oft unerkannt. Dabei kann durch gezielte Prävention viel für die Herzgesundheit erreicht werden. Wir wollen, dass Prävention geschlechterspezifisch gedacht wird und dass bestehende Datenlücken endlich geschlossen werden.“



Jan Heinisch (CDU) und Jule Wenzel (Grüne) zur Aktuellen Stunde
„Nie zuvor wurde so konkret für den Stahlstandort gehandelt wie jetzt“

Die Wirtschaftslage in NRW und der geplante Stellenabbau bei Thyssenkrupp haben am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde den Landtag beschäftigt. Dazu erklären **Jan Heinisch**, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, und **Jule Wenzel**, Sprecherin für Sozialpolitik der Grünen-Landtagsfraktion und Abgeordnete aus Duisburg:

Jan Heinisch: „Thyssenkrupp ist für viele Menschen Arbeitgeber und für unser Bundesland Identität, ein Symbol industrieller Tradition, Teil des Wandels der Wirtschaft und Fundament unserer industriellen Wertschöpfung. Die Probleme der deutschen und der europäischen Stahlindustrie sind komplex und sehr konkret. Die Beschäftigten wissen das, das Management weiß das – und sind damit viel weiter als die Opposition im Landtag. Ex-Kanzler Olaf Scholz hatte in seinem Wahlkampf selbst einen Industriestrompreis versprochen, sogar die konkrete Zahl von 4 Cent in den Raum gestellt – um dann beim Unternehmertag NRW im August 2023 dem Konzept nicht nur eine endgültige Absage zu erteilen, sondern es sogar als ‚schuldenfinanziertes Strohfeuer‘ zu bezeichnen. Für alle, die sich ehrlich mit der Stahlindustrie beschäftigen, sind die Probleme nicht erst durch die Entwicklung bei Thyssenkrupp bekannt. Die Europäische Kommission hat einen Aktionsplan Stahl und Metall vorgelegt. Die neue Bundesregierung nimmt klar und verlässlich die Energiepreise und viele weitere Standortfaktoren in den Blick. Und mit Blick auf das Land ist ein Superlativ erlaubt: Noch nie hat eine Landesregierung so konkret und umfassend für den Stahlstandort gehandelt wie jetzt. Wir haben mit bis zu 700 Millionen Euro Landesmitteln die größte Einzelförderung in der Geschichte des Landes auf den Weg gebracht – für grünen Stahl, für Innovation, für eine industrielle Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Die Menschen in den Stahlwerken und ihre Familien brauchen keine Überschriften, sie brauchen Perspektiven – und die bekommen sie nur, wenn Politik, Wirtschaft und Arbeitnehmersvertretungen gemeinsam handeln.“

Jule Wenzel: „Wer Sicherheit will, muss in die Zukunft investieren – und das machen wir in Nordrhein-Westfalen. Denn wer heute in klimafreundliche Technologien investiert, sichert die Arbeitsplätze von morgen. Eine sichere Zukunft liegt unter anderem im klimaneutralen Stahl. Die größte Industriesubvention in der Geschichte unseres Landes für Thyssenkrupp ist an klare Bedingungen geknüpft: Dekarbonisierung, Standortbindung, Zukunftsfähigkeit. Bei Thyssenkrupp ist extrem viel Vertrauen verloren gegangen – auch durch die Art, wie der Konzern den geplanten Abbau von 11.000 Arbeitsplätzen kommuniziert. Dieser Bruch mit dem Geist der Sozialpartnerschaft darf sich nicht wiederholen. Die Menschen brauchen eine klare Perspektive.“



Thyssenkrupp muss Antworten liefern und seiner Verantwortung für seine Beschäftigten gerecht werden. Der geplante Abbau bedeutet einen tiefen Einschnitt – für die Menschen und ihre Familien, für die Stadt Duisburg, für die industrielle Zukunft unseres Landes. Wir stehen fest an der Seite der Beschäftigten und kämpfen für den Stahlstandort NRW. Wir stehen für Mitbestimmung und wir stehen für eine Industriepolitik, die ökologisch tragfähig, sozial gerecht und wirtschaftlich zukunftsfähig ist.“

Gregor Golland (CDU) und Frank Jablonski (Grüne) zum PUA IV „Im PUA nichts Neues – Diese Geschichte ist auserzählt“

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss IV „OVG-Besetzung“ hat am Dienstag erneut die Bewerberin in dem Besetzungsverfahren als Zeugin vernommen, die bereits in der vergangenen Sitzung befragt werden sollte. Vor drei Wochen hatte sich die Zeugin in ihrem Eingangsstatement gegen eine Diskreditierung ihrer Person und vorweggenommene Beweiswürdigung durch die Opposition gewehrt. Die SPD hatte daraufhin erst eine Unterbrechung der Sitzung, dann die Vertagung der Zeugenbefragung beantragt. In ihrer nun dritten Befragung stellte sich die Zeugin ein weiteres Mal den Fragen der Ausschussmitglieder.

Dazu erklären **Gregor Golland**, Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im PUA IV, und **Frank Jablonski**, Mitglied für die Grünen-Landtagsfraktion im PUA IV:

„War das beim letzten Mal Improvisationstheater oder Stand Up Comedy? Nach dem hitzigen Ende der vergangenen Sitzung war die Temperatur im Sitzungssaal heute deutlich abgekühlt. Schon bevor die heutige Befragung begann, waren SPD und FDP in ihrem Versuch ausgebremst worden, das Eingangsstatement aus der vergangenen Sitzung zu skandalisieren: Der Ausschussvorsitzende Klaus Vossemer hatte der Forderung der Opposition nach Sanktionen gegen die Zeugin eine Absage erteilt. Die Ausführungen und Bewertungen der Zeugin sind von der Meinungsfreiheit geschützt und relevant für die Untersuchung.

Mit kaum nachvollziehbaren und teilweise rein spekulativen Fragen versuchte die Opposition heute erneut, Zusammenhänge zu konstruieren, die es nicht gibt, und den Untersuchungsausschuss weiter zu verlängern. Wohin sie mit ihren Fragen steuern wollte, blieb völlig unklar. Die Geschichte, die die Opposition in diesem PUA zu konstruieren versucht, ist spätestens heute auserzählt.“



Aus der Landesregierung

Elektrotechnik-Spitzenforscherin Luisa Petti für Humboldt-Professur an RWTH Aachen ausgewählt

Nordrhein-Westfalen ist Spitzenreiter bei höchstdotiertem Forschungspreis Deutschlands

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Die Elektrotechnik-Spitzenforscherin Prof. Luisa Petti ist für eine Humboldt-Professur an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen ausgewählt worden – Deutschlands höchstdotierten Forschungspreis. Das gab die Alexander von Humboldt-Stiftung am Donnerstag, 5. Juni 2025, bekannt. Petti ist aktuell Professorin an der Freien Universität Bozen in Italien und kann nun nach Aachen wechseln. Eine Humboldt-Professur wird mit bis zu fünf Millionen Euro gefördert. Bislang ging die Auszeichnung 32 Mal nach Nordrhein-Westfalen – das ist bundesweit Spitze!

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Nordrhein-Westfalen ist ein herausragendes Zentrum der Wissenschaft in Deutschland mit einer großen Anziehungskraft für internationale Spitzenforscher. In kein anderes Land wurden so viele Humboldt-Professuren vergeben wie nach Nordrhein-Westfalen. Die Auszeichnung für Luisa Petti ist eine Anerkennung für ihre bereits geleistete Arbeit und zugleich Ansporn, den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen an der RWTH Aachen weiter nach vorne zu bringen. Hier finden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Bedingungen, die sie für erfolgreiche Forschung brauchen.“

Prof. Ulrich Rüdiger, Rektor der RWTH Aachen: „Mit Luisa Petti gewinnen wir eine herausragende Wissenschaftlerin, deren Arbeit ideal zu unseren strategischen Zielen passt. Ihre Expertise an der Schnittstelle von neuromorphem Computing und Bioelektronik wird entscheidend dazu beitragen, die Verbindung zwischen Lebens- und Ingenieurwissenschaften an unserer Hochschule zu stärken.“

Die Humboldt-Professur ist Deutschlands höchstdotierter Forschungspreis und bringt internationale Spitzenkräfte an deutsche Hochschulen. Der Preis wird von der Alexander von Humboldt-Stiftung vergeben und vom Bundesministerium für Forschung,



Technologie und Raumfahrt finanziert. Mit der Humboldt-Förderung wird eine langfristige Forschungsplanung für neue Teams von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gesichert. Entscheidend sind neben der herausragenden wissenschaftlichen Qualifikation der Kandidatinnen und Kandidaten die strategischen Konzepte der Hochschulen, die den Forscherinnen und Forschern und ihren Teams eine dauerhafte Perspektive in Deutschland bieten sollen.

Luisa Petti

Die Wissenschaftlerin forscht seit 2021 als Associate Professor in der Fakultät für Ingenieurwesen an der Freien Universität Bozen. 2016 wurde sie an der ETH Zürich promoviert. In ihrer Forschung konzentriert sich Petti darauf, wie innovative Materialien für Elektronik und Sensorik genutzt werden können. Ihr Ziel sind Sensoren, die recycelbar oder biologisch abbaubar sind. Dafür entwickelt sie Materialien, die keine giftigen oder schädlichen Substanzen enthalten und die idealerweise aus Abfällen gewonnen werden.

Land erhöht Förderung für klimafreundliches Heizen – Jetzt digitalen Antrag stellen

Ministerin Neubaur: Wir unterstützen Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen beim Umstieg auf Erneuerbare Wärme

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Effizient, bezahlbar und sicher heizen und dabei Gutes für's Klima tun? Wer in Nordrhein-Westfalen auf eine klimafreundliche Wärmeversorgung umsteigt, erhält ab sofort deutlich mehr Unterstützung vom Land. Besonders profitieren Bürgerinnen und Bürger, die eine Wärmepumpe mit Erdwärme-Nutzung anschaffen. Für eine Erdwärmepumpebohrung gibt es bei Neubauten statt fünf Euro zukünftig 35 Euro pro Bohrmeter. Bei Bestandsbauten steigt die Förderung von zehn Euro auf 50 Euro pro Bohrmeter. Auch die Installation von Erdwärme-Kollektoren wird stärker unterstützt. Dafür hat das Land sein Förderprogramm [progres.nrw](#) – Klimaschutztechnik überarbeitet.

Wirtschafts- und Energieministerin Mona Neubaur: „In Nordrhein-Westfalen wollen wir, dass klimafreundliches Heizen nicht die Ausnahme bleibt, sondern der neue Standard wird – bezahlbar, planbar und für alle erreichbar. Deshalb fördern wir den Umstieg auf Erneuerbare Wärmequellen wie Erdwärme jetzt noch stärker. Das entlastet den Geldbeutel durch niedrigere Energiekosten, schützt unser Klima und



macht uns unabhängiger von teuren fossilen Energieimporten. Gerade in Zeiten steigender Energiepreise und internationaler Krisen ist eine verlässliche, saubere und bezahlbare Wärmeversorgung ein Stück Zukunftssicherheit für uns alle. Ob im Einfamilienhaus, in der Mietwohnung oder im kommunalen Gebäude: Jede Investition in erneuerbare Wärme ist ein Gewinn für die Umwelt, die regionale Wertschöpfung und die Menschen hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam gestalten wir die Wärmewende – praktisch, konkret und solidarisch.“

Erdwärme in Verbindung mit einer Wärmepumpe – wie funktioniert das?

Die Erde hat in bis zu 400 Metern Tiefe eine ganzjährig konstante Temperatur. Diese unerschöpfliche, klimaneutrale Wärme aus der Tiefe – die sogenannte Geothermie – lässt sich in Verbindung mit einer Wärmepumpe zum Heizen oder Kühlen nutzen. Erdwärmesonden und -kollektoren nutzen die Umgebungswärme in der Erde. Alternativ dient das Grundwasser als Wärmequelle, hierfür ist ein Brunnen notwendig. Alle Optionen werden vom Land gefördert.

Schon die niedrigen Temperaturen von zehn bis zwölf Grad Celsius in den oberen Erdschichten eignen sich zum Beheizen oder Klimatisieren von Gebäuden aller Art. Das lokale Potenzial für oberflächennahe Erdwärme kann in einem ersten Schritt mit dem Standortcheck des Geothermie-Portals für Nordrhein-Westfalen abgeschätzt werden. Das Portal ist [hier](#) abrufbar.

Das ist neu im Programm progres.nrw – Klimaschutztechnik

Neue und verbesserte Förderungen gibt es nicht nur für Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für Unternehmen und Kommunen, die klimafreundliche Wärmequellen nutzen.

Diese Förderungen sind neu hinzugekommen:

1. Mit der „Bildungsprämie Kommunale Wärmeplanung“ unterstützt das Land insbesondere Beschäftigte von Kommunen dabei, den Prozess der Wärmeplanung erfolgreich zu managen.
2. Mit dem Förderbaustein „Wärmeconzepte für Quartiere“ fördert das Land Konzepte zur kollektiven Wärmeversorgung mit klimafreundlicher Energie. Neben Privatpersonen können unter anderem Wohnungseigentümergeinschaften, öffentliche Einrichtungen, gemeinnützige Organisationen und Unternehmen die Förderung in Anspruch nehmen.



Diese Förderungen wurden verbessert:

1. Mit dem Förderbaustein „Anlagen zur Auskopplung von Wärme zur leitungsgebundenen Wärmeversorgung“ unterstützt das Land beispielsweise die Nutzung von Abwasserwärme für die Versorgung von Gebäuden. Dazu zählen etwa Wohngebäude, Bürogebäude und kommunale Gebäude.
2. Mit dem Förderbaustein „Oberflächennahe Geothermie in Verbindung mit einer Wärmepumpe“ fördert das Land die besonders effiziente Erdwärmenutzung. Die finanzielle Unterstützung für Ein- und Zweifamilienhäuser wird dafür deutlich ausgebaut.

Hintergrund: Ein Förderprogramm – viele Profiteure

Mit dem Förderprogramm progres.nrw – Klimaschutztechnik treibt Nordrhein-Westfalen die Wärmewende voran. Allein 2024 hat das Land Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen mit knapp 20 Millionen Euro unterstützt. Gefördert wurden 1.250 Anlagen zur Nutzung von Erdwärme, mehr als 4.400 Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung sowie über 900 Wärmeübergabestationen zum Anschluss an ein Fernwärmenetz.

Landtag verabschiedet Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen

Minister Laumann: Mit dem neuen Landesamt ziehen wir eine wichtige Konsequenz aus den Lehren der Corona-Pandemie

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Der Landtag hat am Mittwoch, 4. Juni 2025, in zweiter Lesung das „Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW) sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) und den Arbeitsschutz“ verabschiedet. Mit dem Gesetz werden das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG.NRW) und das Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung (LIA) zu einer neuen Landesoberbehörde fusioniert. Das LfGA übernimmt damit ab 1. Juli 2025 die Rechtsnachfolge und damit auch alle Aufgaben und das Personal der beiden Einrichtungen.



Damit entsteht eine neue leistungsstarke Behörde in Bochum, die die vielfältigen Aufgaben des LZG sowie des LIA gebündelt wahrnimmt. Schon jetzt gibt es zwischen den beiden Institutionen diverse Schnittstellen.

Die Leitung übernimmt Frau Dr. Simone Gurlit als Präsidentin des neuen Landesamtes. Bereits im Februar 2024 hatte Frau Dr. Gurlit die Leitung des LZG und im November 2024 auch die kommissarische Leitung des LIA übernommen.

„Mit Dr. Simone Gurlit haben wir eine ausgewiesene Expertin gewinnen können. Sie hat profunde Kenntnisse in Verwaltung, Wissenschaft und medizinischer Praxis. Das sind ideale Voraussetzungen, um die Gründung und Etablierung des neuen Landesamtes als starke Behörde voranzutreiben“, erklärt Gesundheits- und Arbeitsminister Karl-Josef Laumann.

„Wir freuen uns über das Votum des Landtags. Unsere Fachleute können im neuen Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz eng verzahnt und gut abgestimmt zusammenarbeiten. So werden wir uns als Landesamt zu einem starken Partner für die Akteure des öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Gesundheitswesens sowie der Arbeitsschutzverwaltung in Nordrhein-Westfalen entwickeln“, sagt Dr. Simone Gurlit.

Durch die Schaffung des LfGA wird die öffentliche Verwaltung in den Bereichen Gesundheit und Arbeitsschutz insgesamt effizienter. Zusätzlich wird die bisher bei den Bezirksregierungen verortete Aufsicht über die unteren Gesundheitsbehörden auf das neue Landesamt übertragen. Durch die Bündelung kann insbesondere bei überregionalen Herausforderungen, wie etwa einer Pandemie, schneller und landesweit abgestimmt reagiert und informiert werden. Zudem sollen auch bei der Kinder- und Jugendgesundheit und beim Hitzeschutz die bewährten gemeinsamen Standards weiterentwickelt werden. Das Landesamt versteht sich dabei auch als Dienstleister der Kommunen, denen es als zentrale Ansprechstelle mit hoher Fachkompetenz zur Seite steht.

Im Bereich des Arbeitsschutzes wird mit dem Landesamt der Weg zur Weiterentwicklung einer modernen Arbeitsschutzverwaltung in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt. Das LfGA wird die Rolle der zentralen Beratungs- und Unterstützungseinheit im staatlichen Arbeitsschutz übernehmen und soll sie vor allem bei der Digitalisierung



der Arbeitsschutzverwaltung intensiv fortführen. Das LfGA wird einen wichtigen Beitrag für einen modernen Arbeitsschutz leisten und Dienstleister für Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein.

Neben der Errichtung des neuen Landesamtes sieht das Gesetz zudem eine Novellierung des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst vor. Unter anderem sollen bisher bereits pflichtige Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörden zu Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung werden. Dies stellt insbesondere sicher, dass notwendige Maßnahmen im Krisenfall schnellstmöglich umgesetzt werden.

Nordrhein-Westfalen und Microsoft starten Skilling-Initiative für Künstliche Intelligenz

Ministerpräsident Wüst, Vice chair and President von Microsoft Smith und Schulministerin Feller wollen KI-Qualifizierung für Lehrkräfte, öffentliche Verwaltung und Auszubildende in die Fläche bringen

Die Landesregierung teilt mit:

Ein souveräner und kompetenter Umgang mit Künstlicher Intelligenz wird zunehmend wichtiger in Bildung, Beruf und Verwaltung. Nordrhein-Westfalen setzt deshalb auf umfassende Bildungsinitiativen zur KI-Kompetenz. Die Landesregierung bekräftigt zusammen mit Microsoft das Bestreben, allen knapp 200.000 Lehrerinnen und Lehrern in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Monaten ein Angebot zur Fortbildung für die Arbeit mit KI zu machen. In einem zweiten Bereich strebt die Landesregierung ein KI-Qualifizierungsprogramm für die rund 33.000 Beschäftigten der Finanzverwaltung an. Darüber hinaus erklärt sich Microsoft bereit, das KI-Training von ca. 100.000 Auszubildenden in allen denkbaren beruflichen Anwendungsbereichen zu unterstützen.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Investitionen in Infrastruktur und Forschung für KI erfüllen nur dann ihren Zweck, wenn wir auch die Menschen dazu befähigen, die neue Technik sinnvoll anzuwenden. In Nordrhein-Westfalen ist KI-Bildung daher ein Schlüsselthema. Der souveräne Umgang der Menschen mit KI muss fester Bestandteil unseres Bildungskanons werden. Für das Angebot, einen Qualifizierungsschub für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen, sind wir als Land sehr dankbar. Microsoft bekräftigt sein Commitment für den KI-Standort Nordrhein-Westfalen damit noch einmal auf beeindruckende Weise. Die Umsetzung der KI-Skilling-



Initiative ist ein weiterer Schritt auf unserem Weg von der Kohle zur KI. Wir sind unserem Ziel, Nordrhein-Westfalen zu dem KI-Hotspot in Europa zu machen, heute wieder ein Stück nähergekommen.“

Vice Chair and President von Microsoft Brad Smith: „Es ist unerlässlich Fachkräfte weiterzubilden, damit sie KI erfolgreich im beruflichen Umfeld nutzen und anwenden können, gerade in einer sich rasch wandelnden Welt. Wenn Menschen über die richtigen Kompetenzen verfügen, reagieren sie nicht nur auf den Wandel – sie gestalten ihn aktiv mit.“

Die neue KI-Skilling-Initiative verfolgt das Ziel, Lehrkräfte praxisnah für den verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Schulalltag zu qualifizieren. Rund 200.000 Lehrkräfte und Schulleitungen sollen durch digitale Lernpfade, Online-Sessions, Multiplikatorenformate sowie durch praxisorientierte Materialien wie Prompt-Bibliotheken und Mini-Videos erreicht werden. Die Umsetzung übernimmt der gemeinnützige Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V. Die Schulungen sind kostenfrei, technologieoffen und plattformneutral – die Inhalte werden in enger Abstimmung mit dem Land entwickelt. Das Angebot wird datenschutzkonform ausgestaltet sein. Der Start der Initiative erfolgt im Schuljahr 2025/26.

Ministerin Dorothee Feller: „Die neue KI-Skilling-Initiative trägt dazu bei, dass KI kein technisches Schlagwort bleibt, sondern Lehrkräfte eine Vorstellung bekommen, welche Möglichkeiten uns durch einen sinnvollen Einsatz von KI in Schulen eröffnet werden. Die Initiative hilft, Hemmnisse abzubauen, Grundlagenwissen zu vermitteln und Sicherheit im Umgang mit neuen Technologien zu geben. Lehrkräfte erhalten neue Perspektiven für ihren Berufsalltag und konkrete Impulse, wie KI auch im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden kann. Das Angebot ist datenschutzkonform und technologieoffen – ohne Festlegung auf ein bestimmtes Produkt oder eine spezifische KI-Anwendung. Die Initiative ergänzt unsere bisherigen Aktivitäten auf diesem Feld. Wir sorgen dafür, dass unsere Schulen die Entwicklungen der digitalen Welt gestalten können. Unser Ziel ist klar: Schülerinnen und Schüler sollen lernen, wie sie KI sinnvoll nutzen – und das gelingt am besten, wenn auch ihre Lehrkräfte gut vorbereitet sind. Für uns ist das der Schlüssel zu fairen Bildungschancen in einer digitalen Welt.“

Im Rahmen der KI-Skilling-Initiative erhalten auch die rund 33.000 Beschäftigten der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung Zugang zu einem Fortbildungsangebot im Bereich Künstliche Intelligenz. Über die finanzverwaltungseigene digitale Lernumge-



bung stehen perspektivisch Module bereit, die grundlegende Kompetenzen im Umgang mit KI vermitteln – flexibel, dienstlich einsetzbar und für die Beschäftigten kostenfrei.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: „Künstliche Intelligenz ist längst Teil unserer Arbeit – etwa beim Einsatz von Chatbots oder Analysewerkzeugen. Mit der neuen Lerninitiative schaffen wir einen flächendeckenden Zugang zu KI-Basis-Kompetenz und machen unsere Finanzverwaltung noch digitaler, leistungsfähiger und zukunftsfester – und das ohne Mehrkosten.“

Die weitere Anpassung der von Microsoft bereitgestellten Inhalte auf die speziellen Bedarfe der Finanzverwaltung erfolgt gemeinsam mit dem GovTech-Campus e.V. sowie der Fortbildungsakademie der Finanzverwaltung NRW innerhalb bestehender Strukturen. So können die Selbstlernmodule zukünftig auch um weitere Formate wie virtuelle Live-Seminare sowie ein ganztägiges KI-Briefing mit Fokus auf Verwaltung und Finanzen ergänzt werden.

Für die berufliche Bildung hat Microsoft darüber hinaus angeboten, ein KI-Trainingsprogramm für 100.000 Auszubildende in Nordrhein-Westfalen bereitzustellen. Damit könnten 100.000 Nachwuchskräfte in Industrie und Handwerk wichtige Zukunftskompetenzen in künstlicher Intelligenz erwerben. Der Prüfungsprozess, wie und mit welchen Partnern dieses Angebot umgesetzt werden kann, steht allerdings noch am Anfang.

Ausbau der Solarenergie: Viele neue Agri-PV-Projekte in ganz Nordrhein-Westfalen

Ministerin Neubaur: Solarenergie ist die Zukunft – Breite Akzeptanz für innovative Photovoltaik-Technologien

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Nordrhein-Westfalen erlebt einen Boom bei innovativen Photovoltaik-Projekten: Seit der Wiedereröffnung der Förderung für Agri-Photovoltaik (Agri-PV) Anfang Mai 2025 ist das Interesse von Unternehmen und aus der Landwirtschaft enorm groß. Bereits in den ersten Wochen sind mehr als 25 Anträge mit einer beantragten Fördersumme von rund elf Millionen Euro für neue Agri-PV-Anlagen eingegangen – ein klares Zeichen für den erfolgreichen Markthochlauf dieser zukunftsweisenden Technologie.



Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Solarenergie ist die Zukunft – auf dem Hausdach, dem Fabrikdach und auch auf dem Acker. Mit Agri-PV machen wir unsere Felder zu Kraftwerken für nachhaltige Energie – und sichern gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktion auf wertvollen Flächen. Das ist wirtschaftlich clever und gut für’s Klima. Die vielen neuen Projekte zeigen, dass innovative PV-Technologien immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen überzeugen und hier auf breite Akzeptanz stoßen. Wir setzen jetzt weiter alle Hebel in Bewegung, um unsere Ziele zu erreichen und den Photovoltaik-Ausbau in Nordrhein-Westfalen bis 2030 zu verdoppeln.“

Agri-PV verbindet die Energiewende mit der Landwirtschaft und ermöglicht eine Doppelnutzung von Flächen: Während auf den Feldern weiter Nahrungsmittel angebaut werden, erzeugen darüber und daneben installierte Solarmodule sauberen Strom. Diese innovativen Lösungen vermeiden Flächenkonkurrenzen und schaffen neue Perspektiven für Landwirtinnen und Landwirte sowie für die regionale Energieversorgung. In ganz Nordrhein-Westfalen entstehen derzeit zahlreiche neue Agri-PV-Anlagen, die eine nachhaltige Flächennutzung und innovative Energieerzeugung miteinander verbinden.

Mit dem Förderprogramm „progres.nrw – Klimaschutztechnik“ ist es gelungen, den Markteinstieg von Agri-PV und Floating-PV in Nordrhein-Westfalen spürbar zu beschleunigen. Die außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Fördermitteln spiegelt den großen Erfolg und die breite Akzeptanz dieser innovativen Technologien wider. Infolge der überwältigenden Resonanz ist die Förderung inzwischen geschlossen, da die gestellten Anträge die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bereits voll ausgeschöpft haben.

Hohe Dynamik auch bei Freiflächen-Photovoltaik

Die aktuelle Dynamik ist auch bei der klassischen Freiflächen-PV zu beobachten: In den Jahren 2023 und 2024 wurden Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen mit insgesamt rund 315 Megawatt Leistung installiert – ein Plus von etwa 75 Prozent. Aktuell sind landesweit 1.178 Freiflächen-PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 787 Megawatt in Betrieb. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen können viele Projekte auch ohne finanzielle Förderung wirtschaftlich umgesetzt werden.

Die Landesregierung unterstützt den Ausbau der Solarenergie darüber hinaus mit einer Vielzahl von weiteren Maßnahmen, darunter die Erweiterung des Solarkatasters des Landesamts für Natur, Umwelt und Klima (LANUK NRW) und die Kampagne [„Freiflächen-PV in NRW“](#).



Nordrhein-Westfalen bündelt in DEFENCE.NRW seine Aktivitäten zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Ministerin Neubaur: Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist ein strategisch zentrales Zukunftsfeld für Nordrhein-Westfalen

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Mit DEFENCE.NRW bündelt das Land seine Kräfte im Bereich Sicherheits- und Verteidigungstechnologien im nordrhein-westfälischen Landescluster NMWP.NRW. Das Innovationsnetzwerk schafft Zugang, fördert Kooperationen und bringt die wirtschaftliche und technologische Stärke Nordrhein-Westfalens gezielt in diesem sicherheitsrelevanten Zukunftsfeld zur Geltung. Nordrhein-Westfalen verstärkt damit seine industriepolitische Strategie im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Mandatiert durch das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie übernimmt der Cluster eine koordinierende Schlüsselrolle, um technologische Innovationen, wirtschaftliche Potenziale und strategische Kooperationen im Land voranzutreiben.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur betont die Bedeutung des neuen Schwerpunkts: „Die sicherheitspolitische Epochenwende betrifft nicht nur unsere Außen- und Verteidigungspolitik – sie verändert unser gesamtes gesellschaftliches Selbstverständnis. In diesem neuen Kontext trägt Nordrhein-Westfalen Verantwortung: wirtschaftlich, technologisch und sicherheitspolitisch. Mit DEFENCE.NRW bündeln wir unsere Kompetenzen gezielt, um Innovationen zu ermöglichen, neue Partnerschaften zu schaffen und Unternehmen in einem strategisch bedeutsamen Zukunftsfeld zu unterstützen.“

DEFENCE.NRW setzt auf ein starkes Netzwerk von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und relevanten Stakeholdern und bildet damit ein einzigartiges Innovationsökosystem mit sicherheitsrelevantem Impact – heute und in Zukunft. Die neue Plattform dient nicht nur als Informationsdrehscheibe, sondern auch als Anlaufstelle für Unternehmen, die sich strategisch neu aufstellen wollen – etwa angesichts des Strukturwandels in der Automobilindustrie.

„Die Epochenwende in der Sicherheitspolitik bringt neue Bedarfe mit sich – das öffnet auch Türen für Branchen, die heute unter Druck stehen“, so Neubaur weiter. „Die



Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist ein strategisch zentrales Zukunftsfeld für Nordrhein-Westfalen – mit großem Innovationspotenzial und hoher wirtschaftlicher Relevanz. DEFENCE.NRW macht diese Chancen in Nordrhein-Westfalen sichtbar und schafft die Strukturen, um sie auch wirtschaftlich zu nutzen.“

Zulieferer aus der Automobil-, Maschinenbau-, Digital- oder Werkstofftechnikbranche bringen oft bereits viele der geforderten Kompetenzen mit, um auch im Bereich Sicherheits- und Verteidigungstechnologien erfolgreich zu sein – beispielsweise im Leichtbau, bei elektronischen Komponenten oder in der Systemintegration. Der Einstieg ist anspruchsvoll, aber möglich: durch gezielte Unterstützung, Beratung und Netzwerkbildung.

Harald Cremer, Clustermanager von NMWP.NRW, sieht DEFENCE.NRW als strategischen Meilenstein: „Mit DEFENCE.NRW bündelt NMWP.NRW die sicherheits- und verteidigungsrelevanten Kompetenzen Nordrhein-Westfalens. Insbesondere die Verknüpfung der langjährig etablierten Aktivitäten des Clusters in unterschiedlichen Schlüsseltechnologie- und Anwendungsfeldern und die Bedarfe der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie liefert einen hohen synergetischen Impact.“

Begleitet wird DEFENCE.NRW durch weitere Aktivitäten des Clusters NMWP.NRW sowie durch Netzwerkpartner aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verbänden und Initiativen – regional, bundesweit und international. Nordrhein-Westfalen setzt damit ein klares industriepolitisches Signal: für Resilienz, für technologischen Fortschritt – und für eine zukunftsfähige Wirtschaft im Wandel.

Deutlicher Personalzuwachs an Schulen

Rund 9.500 Menschen im Schuldienst mehr seit Ende 2022 / Ministerin Feller: Jede und jeder einzelne ist ein großer Gewinn, Handlungskonzept wirkt

Das Ministerium für Schule und Bildung teilt mit:

An den Schulen in Nordrhein-Westfalen verbessert sich die personelle Situation weiter. Es arbeiten mittlerweile rund 9.500 Menschen mehr im Schuldienst als noch im Dezember 2022. Die Zahl stammt aus den aktuellen Juni-Erhebungen des Schulministeriums zur Personalausstattung und spiegelt die Erfolge des Handlungskonzepts für eine bessere Unterrichtsversorgung wider. Allein im Vergleich zum Juni vergangenen Jahres gab es einen Aufwuchs in der Personalausstattung im Umfang von über 1.700 Stellen.



Insgesamt gab es seit Ende des Jahres 2022 mehr als 18.500 dauerhafte Neueinstellungen. Davon entfällt der weit überwiegende Anteil auf Lehrkräfte. Aber auch andere Professionen wie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Fachkräfte für multiprofessionelle Teams sowie Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten wurden eingestellt. „Unser Handlungskonzept wirkt“, betont Schulministerin Dorothee Feller, „jeder einzelne Mensch, der in den Schuldienst kommt, ist mit seiner Ausbildung, seinen Kenntnissen und seinen Ideen ein großer Gewinn. Wir wissen aber auch, dass noch viele weitere Schritte zu gehen sind. Wie überall in Deutschland gibt es auch an unseren Schulen grundlegende Herausforderungen, für deren Bewältigung wir einen langen Atem brauchen.“

Zu der guten personellen Entwicklung tragen unter anderem 1.917 Alltagshelferinnen und Alltagshelfer an Grundschulen, Förderschulen und weiterführenden Schulen bei. 1.605 dieser Menschen, die Lehrerinnen und Lehrer bei nicht-unterrichtlichen Tätigkeiten entlasten, arbeiten an Grundschulen, 275 an Förderschulen, 24 an Hauptschulen, 12 an Realschulen und eine an einer PRIMUS-Schule. „Auch die Alltagshelferinnen und Alltagshelfer sind mit ihren oft nicht aus der schulischen Ausbildung herrührenden Erfahrungen, ihrer pragmatischen Herangehensweise und ihrem großen Engagement hochwillkommen in unseren Schulen“, sagt die Ministerin.

Die rund 5.000 öffentlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen haben aktuell einen Gesamtstellenbedarf von rund 171.600 Stellen – das sind verglichen mit Dezember 2022 rund 6.500 Stellen mehr. Zurückzuführen ist diese Entwicklung vor allem auf gestiegene Schülerzahlen. Aber auch der fortschreitende Ausbau des Ganztags sowie die weitere Umsetzung der Inklusion führen zu einem steigenden Personalbedarf. Obwohl dieser also in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat, hat sich die Zahl der unbesetzten Stellen im selben Zeitraum verringert – von etwa 8.000 auf unter 7.000.

Erfreulich ist auch, dass das Interesse am Lehrkräfte-Beruf wieder zugenommen hat. In den vergangenen Wochen haben in Nordrhein-Westfalen insgesamt [3.480 Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter](#) nach dem Abschluss ihres Studiums ihren Vorbereitungsdienst begonnen – das sind 336 Personen mehr als im Mai des vergangenen Jahres und 545 Personen mehr als im Mai 2023.

„Es bleibt aber dabei: Jede offene Stelle im Schuldienst ist eine zu viel. Wir arbeiten intensiv und an ganz vielen Stellschrauben daran, mehr Menschen an unsere Schulen zu bringen. Unser Handlungskonzept mit 34 verschiedenen kurz-, mittel- und



langfristig wirkenden Maßnahmen werden wir weiter konsequent umsetzen. Dazu zählt zum Beispiel unsere Lehrkräfte-Werbekampagne, die auf erfreuliche Resonanz stößt“, erläutert Ministerin Feller.

Das Schulministerium veröffentlicht zum 1. Juni und zum 1. Dezember zwei Mal jährlich Daten zur Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen auf Landes- sowie auf Ebene der Bezirksregierungen. Im Grundsatz erfolgt hierbei ein Abgleich zwischen den Stellen, die den Schulen von der Schulaufsicht zur Aufgabenerfüllung und zur Besetzung zugewiesen wurden (Stellensoll) und der aktuellen Personalausstattung an den Schulen. Die Daten zur Unterrichtsversorgung finden Sie [hier](#). Informationen zum Handlungskonzept Unterrichtsversorgung finden Sie [hier](#).

Land legt Infrastrukturpaket für 2025 vor – Rund 600 Millionen Euro für Sanierung und Ausbau von Straßen und Radwegen

Verkehrsminister Oliver Krischer: Als Drehkreuz trägt Nordrhein-Westfalen eine besondere Verantwortung

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr teilt mit:

Mit vier Programmen und Investitionen von insgesamt rund 600 Millionen Euro treibt das Land Nordrhein-Westfalen auch 2025 die Sanierung und den Ausbau seiner Verkehrsinfrastruktur voran. Erstmals legt das Verkehrsministerium seine größten und wichtigsten Programme gemeinsam vor. Dabei bewegen sich die Ausgaben für das Landesstraßenerhaltungsprogramm, das Radwegeprogramm, das Nahmobilitätsprogramm und das Programm zur Förderung der kommunalen Infrastruktur auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

„In einem Land wie Nordrhein-Westfalen entscheidet sich, wie eine ganze Republik ihre in die Jahre gekommene Infrastruktur in den Griff bekommt. Als Drehkreuz tragen wir eine besondere Verantwortung und haben frühzeitig die Weichen auf Sanierung und Rekord-Investitionen gestellt“, sagt Verkehrsminister Oliver Krischer. 2025 sind allein für Maßnahmen zum Erhalt von Landesstraßen 231 Millionen Euro vorgesehen, in den Erhalt von Bundesstraßen sollen 154 Millionen Euro fließen. Hinzu kommen rund 39,5 Millionen Euro für den Bau und die Sanierung von Radwegen an Landesstraßen.



103 neue Maßnahmen im Landesstraßenerhaltungsprogramm

Das Landesstraßenerhaltungsprogramm 2025 sieht insgesamt 103 Einzelmaßnahmen vor. 95,82 Millionen Euro fließen in laufende und Neubegonnene Einzelprojekte an Fahrbahnen und Brücken, 41,38 Millionen Euro in 23 Projekte des Brückenersatzneubauprogramms jeweils inklusive der Restabwicklungen von bereits fertiggestellten Maßnahmen. 85 Millionen Euro werden als sogenannte Bauamtspauschale eingeplant, mit der flexibel und schnell auf kleinere und unvorhergesehene Schäden reagiert werden kann. Rund 8,8 Millionen Euro sind für Maßnahmen des Sonderprogramms Südwestfalen eingeplant. Mit diesem Geld sollen die Schäden an Landesstraßen saniert werden, die durch die Ausweichverkehre der gesperrten A 45 bei Lüdenscheid entstanden sind.

Für den Erhalt von Bundesstraßen hat der Bund für das Jahr 2025 unter Vorbehalt des noch zu verabschiedenden Bundeshaushalts 154 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Rund 40 Millionen Euro für das Radwegeprogramm

Immer wichtiger wird der Radverkehr für die Menschen. „Umso wichtiger ist der Ausbau des Radwegenetzes als zentrale Säule für die Mobilitätswende“, sagt Minister Oliver Krischer. Diese Entwicklung unterstützt das Land mit dem diesjährigen Radwegeprogramm. Insgesamt werden dafür rund 39,5 Millionen Euro investiert: unter anderem rund 18,2 Millionen Euro für den Erhalt von Radwegen an Landesstraßen, rund 7,2 Millionen Euro für den Radwegebau an Landesstraßen, rund 6,2 Millionen Euro für das Modellprojekt „Bürgerradwege“ und rund 7,3 Millionen Euro für die Mitfinanzierung von Radwegen aus Maßnahmen anderer Programme.

Unterstützung für die Modernisierung der Nahmobilität

Finanziell unterstützt werden auch die Kommunen auf ihrem Weg, die Nahmobilität und den nichtmotorisierten Individualverkehr in ihren Städten und Gemeinden zu modernisieren. Das Nahmobilitätsprogramm 2025 weist 129 Maßnahmen aus, die mit rund 38,2 Millionen Euro gefördert werden, dazu zählen Fußverkehrsanlagen, Radverkehrsanlagen oder Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum. Daneben werden für 17 Maßnahmen im Rheinischen Revier rund 12,2 Millionen Euro aus den Strukturfördermitteln nach Kapitel 1 des Investitionsgesetzes Kohleregionen reserviert. In erster Linie werden Machbarkeitsstudien, Planung und Umsetzung der übergeordneten Vorhaben gefördert, aber auch ergänzende Infrastruktur wie Radabstellanlagen oder Zählstellen.



Erstmals wird die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen (AGFS NRW) als Institution gefördert. Die AGFS NRW arbeitet eng mit dem Verkehrsministerium zusammen und ist eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen der Nahmobilität.

141,5 Millionen Euro für kommunale Projekte

Unverändert hoch ist auch der Bedarf an nachhaltiger Straßensanierung in den Kommunen. Das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt sich in 2025 mit insgesamt rund 141,5 Millionen Euro an der Finanzierung von insgesamt 98 Projekten Kreise, Städte und Gemeinden. 42,6 Millionen Euro fließen in grundlegende, nachhaltige Straßensanierungen von 45 verkehrswichtigen Straßenabschnitten. Rund 77 Millionen Euro sind für die Förderung des Aus- und Umbaus von Abschnitten verkehrswichtiger Straßen eingeplant. Hier profitieren vor allem auch Radfahrerinnen und Radfahrer. Denn auch in den Planungen der kommunalen Straßenbaulastträger nehmen ihre Belange eine immer zentralere Rolle ein. Beim Umbau von Straßenkreuzungen rückt die Verbesserung der Verkehrssicherheit für den Radverkehr immer stärker in den kommunalen Fokus, was sich auch in dem Programm zur Förderung der kommunalen Straßeninfrastruktur abbildet.

Weitere Informationen zu den einzelnen Maßnahmen:

Landesstraßenerhaltungsprogramm 2025

- Anlage Landesstraßenerhaltungsprogramm 2025 (PDF): https://www.umwelt.nrw.de/system/files/media/document/file/anlage_landesstrassenerhaltungsprogramm_2025.pdf

Radwegeprogramm 2025

- Anlage Radwegeprogramm (PDF): https://www.umwelt.nrw.de/system/files/media/document/file/anlage_radwegeprogramm_2025.pdf

Nahmobilitätsprogramm 2025

- Anlage Nahmobilitätsprogramm 2025 (PDF): https://www.umwelt.nrw.de/system/files/media/document/file/anlage_nahmobilitaetsprogramm_2025.pdf

Programm zur Förderung der kommunalen Straßeninfrastruktur

- Anlage Förderung der kommunalen Straßeninfrastruktur 2025 (PDF): https://www.umwelt.nrw.de/system/files/media/document/file/anlage_foerderprogramm_kommunale_strasseninfrastruktur_2025.pdf



NRW-Konjunkturbericht des RWI – Leibniz-Instituts vorgelegt

Ministerin Neubaur: Nordrhein-Westfalen stellt die richtigen Weichen, investiert in die Zukunft und entlastet seine Kommunen

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen fasst langsam wieder Tritt. Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet in seinem Bericht „NRW-Wirtschaft vor dem konjunkturellen Umschwung“ im Jahr 2025 mit einem Wachstum von 0,1 Prozent (Bund 0,3 Prozent). Im vergangenen Jahr war die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen noch um 0,4 Prozent zurückgegangen. Das zeigt: Die Krise ist noch nicht überwunden, aber es geht voran.

Das RWI geht davon aus, dass die Wirtschaft 2026 spürbar anzieht. Mit 1,5 Prozent soll das Wachstum, genauso stark zulegen wie im Bund. Auch das Sondervermögen der Bundesregierung muss spürbare Impulse setzen.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Wir investieren schon jetzt gezielt in die Zukunft – in moderne Schulen, funktionierende Brücken, verlässliche Bahnverbindungen und eine sichere Energieversorgung. Die Altschuldenlösung für unsere Kommunen wird endlich konkret. Unsere Städte und Gemeinden sollen davon als Erste profitieren – dort, wo es direkt bei den Menschen und auch in den Betrieben ankommt.“

Gleichzeitig bleibt die Lage herausfordernd: Die Industrie kämpft weiter mit hohen Energiepreisen und dem verschärften internationalen Wettbewerbsdruck, der Zollkonflikt mit den USA verunsichert Exporteure und Investoren. Eine Eskalation des Zollkonfliktes kann die Stimmung schnell wieder trüben.

In diesem nach wie vor schwierigen Umfeld entwickelt sich der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen weiterhin robust. In diesem Jahr entstehen laut RWI-Prognose 13.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit im Land auf 7,8 Prozent.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Unser deutsches Wirtschaftsmodell – Sicherheitsleistung zahlen die USA, Russland liefert künstlich verbilligtes Gas, China kauft unsere Produkte – ist Geschichte. Wir müssen unsere Stär-



ken mobilisieren, damit wir einen substanziellen Beitrag zur europäischen Unabhängigkeit leisten. Damit stellen wir unser Wirtschaftssystem für die Zukunft widerstandsfähiger auf. Dazu brauchen wir auch endlich wettbewerbsfähige Energiepreise. Der Ausbau der Erneuerbaren bringt uns voran, aber ohne einen befristeten Brückensstrompreis und eine verlässliche Kraftwerksstrategie riskieren wir, den Aufschwung auszubremsen.“

Ralf Stoffels, Präsident der IHK NRW: „Zwischen Hoffen und Bangen steht die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens derzeit an einem Haltepunkt. Aktuell ist die Lage in vielen Unternehmen angespannt, in Teilen sogar kritisch. Zwar konnte ein weiteres Abrutschen der Konjunktur im Frühsommer verhindert werden, doch bleibt die Wettbewerbssituation und insbesondere das weltwirtschaftliche Umfeld unberechenbar. Die Unternehmen brauchen jetzt Vertrauen und Verlässlichkeit. Entscheidend wird es sein, dass die Bundesregierung bei den Energiekosten und Bürokratieabbau schnell in die Umsetzung kommt. Mit dem industriepolitischen Leitbild hat die Landesregierung ein klares Bekenntnis zum Industriestandort vorgelegt. Dies gilt es nun zu leben.“

Prof. Dr. Torsten Schmidt, Konjunkturoperte des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung: „Der Ausblick für die wirtschaftliche Entwicklung in NRW hat sich deutlich verbessert, obwohl die geopolitischen Risiken hoch sind und erneut höhere Zölle für Exporte in die USA drohen. Zu der Verbesserung haben auch die höheren Ausgabenspielräume des Bundes beigetragen. In den kommenden Jahren könnten dadurch Impulse von bis zu 0,5 Prozent des BIP pro Jahr entstehen.“

Das RWI – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlicht im Auftrag des Wirtschafts- und Klimaministeriums jährlich drei Konjunkturberichte. Der aktuelle Bericht liefert eine aktualisierte Jahresprognose für die nordrhein-westfälische Wirtschaft für 2024 und eine erste Prognose für 2026. IHK NRW stellt dazu die aktuellen Ergebnisse der IHK-Konjunkturumfragen für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung.